



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Menenius: Tschecho-Slowakei

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Tschcho-Slowakei



an soll gewiß nicht vor jedem Erfolg kapitulieren, aber man soll auch Tatsachen nicht verkennen. Wenn man als Deutscher rein gefühlsmäßig auch bedauert, daß die österreichisch-ungarische Monarchie zusammengebrochen ist, und geneigt sein mag, die Serben auch weiterhin als verschwörerische Imperialisten, die Tschechen als Hochverräter zu bezeichnen, so muß der Politiker, der, will er nicht den Überblick verlieren, doch immer so weit Historiker sein muß, um das Wachsen und Absterben der unterschiedlichen politischen Machtfaktoren zu erkennen, doch so viel Objektivität aufbringen können, um in der Weltgeschichte das Weltgericht zu sehen, das mit unumstößlichem Spruch Tatsachen schafft, deren Nichtanerkennung ihn in die Reihen weltfremder Toren verweisen würde. Der katastrophale, auch die neue Jugend schwer belastende Mißerfolg des alten österreich-ungarischen Regimes, gleichviel durch welche Faktoren er entstanden ist, beweist, daß die Jugend recht hatte, dem alten Regime die Gefolgschaft zu verweigern, denn Jugend hat immer recht, gegen ein Regime zu opponieren, das ihm keine adäquaten Lebensformen mehr zu bieten weiß. Es wäre darum gut, wenn man sich auch in Deutschland allgemein dazu entschließen wollte, die neuen Staaten der alten Doppelmonarchie nicht länger als zerstörende, sondern als gewachsene Faktoren zu betrachten, nicht als etwas Negatives, das man austreichen will, sondern als etwas Positives, das man nach Kräften nutzen möchte.

Erschwert wird uns allerdings eine solche Stellungnahme durch die Nachrichten, die uns über den Nationalitätenkampf zwischen Tschechen und Deutschen zukommen. Die Klagen über gewaltsame Zurückdrängung des deutschen Einflusses, über tyrannisierende Maßnahmen von seiten tschechischer Behörden, über verbitternde Äußerungen tschechischen Volkshasses wollen nicht verstummen und scheinen, auch objektiv betrachtet, nicht unberechtigt zu sein. Aber es liegt doch auch im Wesen gewaltsamer und plötzlicher Veränderungen innerhalb eines Staatswesens begründet, daß sie sich nicht in der Form anpassenden Wachstums, sondern als über das eigentliche Ziel hinausgehende Reaktionen vollziehen. Tatsache ist doch, daß sich die Tschechen, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, unterdrückt gefühlt haben; daß sie nun, da sie das Heft in der Hand haben, ihrerseits unterdrücken wollen, liegt in der menschlichen Natur. Auch ist es begreiflich, daß sie Anhänger und Stützen eines Regimes, das das Land mit den Passiven des Krieges belastet hat, und Vertretern und Stammesverwandten von Landschaften, die sich, kaum daß der neue Staat gebildet war, anstreckten, sich abzulösen und sich sei es nach Österreich oder nach Deutschland hin zu orientieren, nicht eben freundlich gegenüberstanden. Hinzukommt, daß alle Jugend sich rüde und fanatisch äußert. Daß aber die offizielle Leitung des tschechischen Staates nicht die Absicht hat, eine Politik vergewaltigender Tyrannei gegen die Deutschen durchzuführen, scheint nicht nur der letzte Kabinettswechsel zu beweisen, der ja auf noch verschiedene andere Ursachen zurückzuführen ist, sondern vor allem die Äußerungen Masaryks („Berliner Tageblatt“ vom 12. September) und Benesch', die klar erkennen lassen, daß man den unbedingt deutschfeindlichen und ententefreundlichen Kurs der Maschin und Kramarsch nicht länger mitzumachen entschlossen ist. Mag sein, daß die Form dieser und ähnlicher Äußerungen mit bestimmt ist durch die Rücksicht auf den Umstand, daß die Deutschen im Tschener Abstimmungsgebiet instande sind, den Ausschlag zugunsten der tschecho-slowakischen Staatsoberhoheit herbeizuführen, die klar ausgesprochene Erkenntnis, daß sich ein neues Staatswesen unmöglich entwickeln kann, wenn es ein Drittel seiner Bevölkerung vergewaltigt, verbürgt, daß diese Erklärungen auch im Kern ehrlich gemeint sind. Was man gegen diese Annahme vorbringt: vereinzelte Schließung von Schulen, Schlägereien, Belästigungen, Anrempelungen, Beschimpfungen, Requisitionen, Militärregiment, ist offenbar mehr als Folge eines Zustandes, denn als Anzeichen einer bewußt arbeitenden Politik zu beurteilen. Wenn selbst im fest begründeten Deutschland die Regierung

sich nicht immer durchzusetzen vermag und nicht imstande ist, alle Bestrebungen zu unterdrücken, die anzukündigen scheinen, daß einzelne Volksteile eine Sonderpolitik durchsetzen wollen, so kann man sich vorstellen, welche Schwierigkeiten die Regierung eines Staatswesens hat, das erst in der Bildung begriffen ist. Auch hier darf das aus der Vergangenheit begreifliche Bestehen engherzig nationalistischer Kreise nicht verkannt werden, die jede Versöhnungspolitik der Regierung als Verrat an der Rasse brandmarken und die großen Linien der Regierungspolitik durch allerlei kleine Sonderaktionen zu durchkreuzen bestrebt sind. Der Rassengedanke ist auf böhmischem Boden eben älter als der Staatsgedanke, er ist dem tschechischen Durchschnittsbürger auch greifbarer und lebendiger und wird es unfehlbar bleiben, wenn die Deutschen selbst Wiene machen, der Regierung bei der Verwirklichung des tschecho-slowakischen Staatsgedankens Hindernisse in den Weg zu legen. Was insbesondere die immer wieder angeführte Schließung deutscher Schulen anbetrifft, so darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß sie zunächst nur vereinzelt ist und sodann von tschechischer Seite damit verteidigt wird, daß diese Schulen jetzt, da deutsche Industrielle tschechische Proletariatskinder nicht mehr zu ihrem Besuch zwingen könnten, keine genügende Besucherzahl mehr aufweisen, um ihre Erhaltung gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Das kann im einzelnen von hier aus nicht nachgeprüft werden, aber unmöglich ist es nicht, und jedenfalls spricht die Tatsache, daß seit vierzig Jahren zum ersten Male wieder Deutsche im Prager Gemeinderat sitzen, nicht gerade dafür, daß die Vergewaltigung der Deutschen allgemein ist.

Es ist ein Unglück für das neue Staatswesen, daß an seiner Wiege die Auseinandersetzung der Rassen steht. So berechtigt der Rassenstandpunkt, auf den freilich die Tschechen zuerst sich gestellt haben, ist, so berechtigt auch die Forderung einer Gleichstellung der Rassen innerhalb eines Staatswesens, so bedenklich ist politisch die Forderung nach Autonomie der Rassen. Solange die begrifflichen und gegenständlichen Grenzen zwischen Volk, Nation (oder Nationalität) und Staat nicht geklärt sind oder auf Grund bestehender Verhältnisse namentlich wirtschaftlicher Natur nicht geklärt werden können, solange wird es bedenklich sein, die Nationalitätenfragen mit politischen zu verquicken. Als unter Anrufung des Wilsonschen Nationalitätenprinzips die Tschechen einen Sonderstaat bildeten, war der Anspruch der Deutschböhmen auf Selbstbestimmung vom Rassenstandpunkt aus gewiß berechtigt, politisch war er es nicht. Daß ein Anschluß an Österreich unmöglich war, lehrt schon ein Blick auf die Karte, daß die Tschechen aber auch einen Anschluß an Deutschland oder eine staatliche Verselbständigung der Deutschböhmen, die ihre selbständige wirtschaftliche Existenz und damit auch ihre politische Existenz in Frage gestellt hätte, nicht gutwillig dulden würden, konnte jedem klar sein, der zu überblicken vermochte, wie eng die deutschen und die tschechischen Teile Böhmens wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind. Daß auch militärische Rücksichten dabei mitsprachen, mag den Vorkämpfern der Völkerbunds-idee zwar schmerzlich gewesen sein, kann aber wie die Dinge vorläufig liegen, kaum als unberechtigt erscheinen.

Daß ein junger Staat, der sich etwas zutraut, sich von vornherein zu saturieren bestrebt ist und seine Fundamente in einer Weise legen will, die ein möglichst selbständiges Fortbauen gestatten, ist nur begreiflich, ebenso begreiflich freilich, daß strittiges Gebiet ihm von seinen Gegnern nicht ohne weiteres überlassen wird, und erst recht, daß viele der von tschechischer Seite erhobene Forderungen, wie z. B. auf das „tschechische“ Wien mit Entrüstung in den Winkel phantastischer Ausgebirgen verwiesen werden. So gewiß es für jedes Staatswesen eine obere Grenze der äußeren Ausdehnung seiner Oberhoheit gibt, die abhängig ist von der Möglichkeit, diese Grenzen mit dem Staatsgedanken lebendig wirkend auszufüllen, so gewiß gibt es auch eine untere, bei deren Unterschreitung der Staatsgedanke sich nicht genügend auszuwachsen vermöchte. Der Tschecho-Slowakenstaat besitzt politische Möglichkeiten, die vier gesonderte Nationalitätenstaaten: Tschechen, Deutsch-Böhmen, Slowaken, Ruthenen nicht besitzen würden; der Tschecho-Slowaken-

staat ist eine politische Realität oder kann doch, wenn nicht alles täuscht, zu einer solchen werden, vier kleine Nationalitätenstaaten wären Abstraktionsgebilde, die sich bei ihrer politischen Verwirklichung sofort aneinander anschließen oder in die Saare geraten müßten. Aus solchen Überlegungen heraus erscheint es sogar zweifelhaft, ob die Forderung der Deutsch-Böhmen nach regionaler Autonomie, nach einer Vertretung als festgeschlossene Minorität politisch zweckmäßig ist. Solange der jetzige Regierungskurs eingehalten wird, ist das gewiß nicht der Fall. Als festgeschlossene, politisch gesonderte Minorität werden die Deutsch-Böhmen, vom tschechischen Standpunkt aus ganz mit Recht, stets als staatsfeindliches, mindestens eine gesunde einheitliche politische Gesamtentwicklung hemmendes Element angesehen und in allen außenpolitischen Fragen nach Möglichkeit überstimmt und ausgeschaltet werden. Entschließen sie sich jedoch im tschecho-slowakischen Staat aufzugehen, so werden sie, da sie in geschlossener Opposition jede tschecho-slowakische Regierung zu stürzen vermögen, einen ständigen organischen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Staates auszuüben imstande sein. Auch vom reichs-deutschen Standpunkt aus wäre eine solche Entwicklung vorzuziehen. Eine geschlossene deutsch-böhmische Minoritätenautonomie würde hüben wie drüben bei jeder Gelegenheit irredentistische Bestrebungen wachrufen, deren Äußerungen die guten Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Tschechenstaat, dessen berufene Vertreter erst eben wieder ihren Willen zu vertrauensvoller Zusammenarbeit kundgetan haben, trüben und auf tschechischer Seite das Mißtrauen gegen alles deutsche wach halten. Bekennen sich aber die Deutsch-Böhmen zu tätiger Mitarbeit am Tschecho-Slowakischen Staat als solchem, so bieten sich ihnen ganz andere Möglichkeiten, an einer Annäherung an Deutschland, die der tschechische Minister des Auswärtigen als unerlässlich bezeichnet hat, mitzuwirken. Daß die Deutsch-Böhmen dann auch völlige staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit den Tschechen zu verlangen berechtigt sind, versteht sich von selbst. Alles wird von dem staatsmännischen Geschick abhängen, mit dem einerseits die Regierung die einseitig-nationalistischen Bestrebungen ihrer tschechischen Untertanen zu zügeln und Abergriffe zu hindern imstande sein wird, mit dem andererseits die Deutsch-Böhmen ihre völkischen Ansprüche mit den Forderungen, die der Staat als solcher an sie zu stellen berechtigt ist, in Einklang zu bringen wissen werden.

Der Schwierigkeiten, mit denen das junge Staatswesen zu kämpfen hat, gibt es genug. Da sind zunächst außer den deutschen die slowakischen Selbstständigkeitsbestrebungen. Es ist ohne weiteres verständlich, daß ein in der Bildung begriffener Staat zentralistische Neigungen zeigt. Die Slowaken, abgesehen von nationalistischen Sonderwünschen auch religiös im Gegensatz zu den freigeistigen Regierungs- und Sofolkreisen stehend, beklagen sich über ungenügende Vertretung in der einstweilen noch immer nicht gewählten, sondern im wesentlichen zur Unterstützung des ehemaligen Kabinetts Kramarsch ernannten Nationalversammlung, über tyrannische Behandlung von seiten der wahrscheinlich wirklich nicht sanften tschechischen Regionäre, die zur Unterdrückung bolschewistischer Unruhen über das ganze Land verteilt sind, sowie über den im Sinne scharfer Zentralisierung arbeitenden und namentlich vom Minister Schrobar, der von Brezburg aus ein scharfes Regiment führt, betriebenen Beamtenaustausch, der hier ähnlich wie im Elsaß nicht eben die fähigsten Männer ans Ruder bringen wird. Grund genug, daß aus allen Teilen des Landes, besonders aus Kaschau, Aufstandsbewegungen gemeldet werden. Natürlich haben bei ihrem Einfall auch die Ungarn das ihrige dazu beigetragen, diese Sonderbewegung zu stärken, wenn auch die Mitte Juni unter Janouschek erfolgte Ausrufung einer slowakischen Räterepublik Episode geblieben ist, und auch die Polen scheinen nicht abgeneigt zu sein, der tschechischen Regierung ein Durchgreifen zu erschweren. Wenigstens ist der aus früheren Konflikten mit magyarischen Bischöfen bekannte slowakische Patriot und Pfarrer Slinka von Barschau aus und mit polnischem Paß nach Paris gelangt, um bei der Friedenskonferenz Selbständigkeit für die Slowaken zu fordern, und mußte von Paderewski in aller Form desabouiert werden. Noch im Oktober hat ein slowakisches Aktions-

komitee der Friedenskonferenz eine Denkschrift überreicht, in der Schutz durch Ententetruppen und völlige Loslösung von den Tschechen verlangt wurde, Grund genug für diese, mit aller Energie gegen derartige Bestrebungen vorzugehen. Šlntka ist genötigt, in der Schweiz zu bleiben, sein Blatt ist verboten worden, die slowakische Zeitung „Ludowe Robinje“ gleichfalls, ihr Leiter Romanek wurde interniert, auch der Abgeordnete Juriga, der seinerzeit Aufreizungen gegen den ungarischen Staat mit zwei Jahren Gefängnis büßen mußte, ist verhaftet worden, in Neutra allein haben 172 slowakische Politiker sein Schicksal geteilt, aber die gesamte Geistlichkeit tritt nach wie vor für die Loslösung ein und auch die Eisenbahner haben sich der Bewegung angeschlossen. Wie wenig die Tschechen nachzugeben entschlossen sind, beweist die Nachricht, daß am 1. November das slowakische Sonderministerium aufgelöst und die Verwaltung von Prag aus geleitet werden soll. Beachtenswert ist auch, daß die tschechischen Delegierten auf dem Berner Sozialistenkongreß eine Volksabstimmung in der Slowakei für unmöglich erklärt haben, da sie zu ungunsten der Tschechen ausfallen könnte.

Diese Selbständigkeitsbewegung hat auch auf die Ruthenen übergegriffen. Die ersten Anzeichen wurden bemerkt, als der französische kommandierende General Hennoque sich der Bevölkerung vorstellte und erklärte, daß das Gebiet nunmehr zur Tschecho-Slowakei gehöre. Die Anwesenden sangen die ungarische Nationalhymne und der General mußte abbrechen. In Szolyva wurde eine selbständige tarpatho-russische Republik ausgerufen und in Munkács ist es noch Mitte Oktober zu beträchtlichen Prügeleien gekommen. Auch in Mähren, das von jeher ein scharf ausgeprägtes provinzielles Selbständigkeitsgefühl hochgehalten und wo der frühere Handelsminister Stransti im März eine Sondergruppe gegründet hat, ist man nicht geneigt, sich der Prager Zentralisierung ohne weiteres zu fügen.

Zu diesen Schwierigkeiten der Staatsbildung kamen die der inneren Konsolidierung. Auch in Böhmen hat es bolschewistische Umtriebe gegeben. Schon im Februar kam es in Pilsen, das die Prager als ihre Hafenstadt betrachten, zu blutigen Unruhen, Anfang März mußte über das gesamte Staatsgebiet der Kriegszustand verhängt werden, es gab Wochen, während deren Masaryk und Štamařsch sich nur durch die Unterstützung der von italienischen Offizieren befehligten Legionstruppen von der österreichischen Front halten konnten und der Bezirk von Mladno kann noch heute unter Führung Munas als Hochburg der im übrigen nicht zahlreichen Kommunisten bezeichnet werden. Daß diese Vorgänge nicht gerade dazu beitragen, im Ausland das Vertrauen zum tschecho-slowakischen Staat zu heben, liegt auf der Hand. Auch ergab sich bald, daß trotz der einseitig ententefreundlichen Orientierung auf weitgehende finanzielle Entlastung durch die Ententemächte nicht oder nur unter Bedingungen, die die Selbständigkeit des Staates völlig in Frage stellen, zu rechnen war. Es gelang der Tschecho-Slowakei so wenig wie den Südslawen, alle finanziellen Lasten auf das österreichische Überbleibsel und das durch den Bolschewismus vollends ruinierte Ungarn abzuwälzen, was übrigens auch beim besten Willen der Entente unmöglich gewesen wäre, die Schulden aber wuchsen durch die Anspannung des infolge der bolschewistischen Unruhen und des Ungarneinfalls unentbehrlichen Militärwesens immer mehr und auch der rasche Entschluß des Finanzministers Raschin, hinter dem der Generaldirektor der Zionostenka Banka, Breiß, stand, die Kriegsanleihen nicht zu verzinsen und den Notenumlauf durch Abstempelung und Einbehaltung der Hälfte zu reduzieren, erwies sich als ein Fehlgriff, der die Deutschen, als die hauptsächlichsten direkten Inhaber von Kriegsanleihen, verstimmt, durch deren drohenden Ruin aber auch weite Kreise der Tschechen selbst unvermeidlich in Mitleidenschaft zog, und den Hauptzweck, die Preise für die Lebenshaltung zu senken, jedenfalls nicht erreicht hat. Diese Mißerfolge, die eine von der Entente gewünschte Teilnahme an einer Intervention in Rußland schon materiell unmöglich machten und die Bestrebungen einer Art sozialistischer Nebenregierung immer bedrohlicher erscheinen ließen, haben dann zur Bildung des jetzigen Kabinetts geführt, das im wesentlichen auf dem Ergebnis der namentlich eben durch die Sozialisten

betriebenen Gemeindevahlen beruht, außenpolitisch im oben bereits gestreiften Sinne neu orientiert und nach innen hin, wenn nicht deutschfreundlich, doch versöhnlich gesinnt ist.

Für die Entente, die in der Tschecho-Slowakei stets den Schlußstein des Gebäudes ihrer zentraleuropäischen Politik gesehen hat, bedeutet diese Entwicklung eine schwere Enttäuschung. Der ausgesprochen deutschfeindliche Kramarsch ist, nicht zum wenigsten auch infolge der unglücklichen Politik seiner Partei, die, wie die Wahlen ergeben haben, in der Nationalversammlung unberechtigt viel Sitze einnimmt, nahezu ausgeschaltet, und der Entschluß seines Nachfolgers „immer und bei jeder Gelegenheit große Entschiedenheit an den Tag zu legen und selbst Deutschland gegenüber eine loyale, korrekte und versöhnliche Politik zu betreiben“, auch Ungarn gegenüber nach Kräften und Möglichkeit die gegenwärtig bestehende Spannung abzubauen, endlich die verhüllte Absage an etwa monarchische Bestrebungen Denikins, haben das ganze Ententegebäude zusammenfallen lassen. Man fürchtet jetzt allen Ernstes, Deutschland werde nun, da ihm das Baltikum verschlossen wird, die Tschecho-Slowakei zur Brücke nach Rußland ausbauen. Man wird jetzt also versuchen, die Polen zu stärken und ihnen vor allem Teschen, aber auch Ostgalizien zuzuschlagen. Es ist also zu hoffen, daß die tschecher Deutschen sich nicht durch den vom „Kurjir Godsienny“ angedeuteten Leim einer Neutralisierung unter amerikanischer Verwaltung locken lassen, sondern für die Tschechen stimmen, die Amerikaner sind in dieser Gegend — es braucht nur über die schwebenden Verhandlungen über den Verkauf oder die Verpachtung des Dombrower Kohlenreviers erinnert zu werden — gerade rege genug und reichsdeutschen Interessen wäre mit einer solchen Lösung wahrhaftig nicht gedient. Menenius

## Neue Bücher

**Josef Aquilin Lettenbaur, Jenseits der Alten Welt. Eine neue Amerikabetrachtung.** Verlag von S. Hirzel in Leipzig. 1919. Preis geh. 7.— M., geb. 9.— M.

Der vorliegende Band bietet lose Aufzeichnungen von Eindrücken, die der Verfasser von der amerikanischen Lebensform gewonnen hat. Irgend eine Tendenz verfolgt der Verfasser nicht. Er hat das Buch vor dem Kriege geschrieben und es unverändert jetzt, nach Abschluß der Tragödie, erscheinen lassen. Wir können nur gut heißen, daß er so verfahren ist, denn der ursprüngliche Zweck der Veröffentlichung wurde durch die Ereignisse nicht berührt. Der Verfasser hat auch durchaus Recht, wenn er sagt, daß uns die Geschehnisse der letzten Jahre die Seelenkräfte des Menschen als eine Gewalt gezeigt haben, die nicht leicht zu überschätzen ist, und daß eine bessere Kenntnis der psychischen Beschaffenheit der uns feindlichen Völker uns manche bittere Enttäuschung hätte ersparen können. Wie sich auch die Zukunft gestalten mag — in der Isolierzelle werden wir nicht bleiben. Mehr denn je werden wir genötigt sein, im Verkehr mit anderen Nationen psychische Faktoren in Rechnung zu stellen. Somit kommt der Verfasser einem Bedürfnis entgegen, wenn er die amerikanische Psyche zergliedert. Wenn der Amerikaner an sich und seine Sonderstellung als Mensch ebenso glaubt wie an die Aufwärtsbewegung seines Volkes und an das höhere Glück unter dem Sternbanner, so ist dieser Glaube ein Produkt gewisser Lebensbedingungen, die sicher wert sind, erforscht zu werden. Das ansprechende Buch ist in der Frische der geistigen Atmosphäre Amerikas geboren und trägt den Stempel seiner urwüchsigen Lebensfreude. K.

**Robinsonaden.** Band I „Der deutsche Robinson“, brosch. 5.— M., geb. 6.— M.  
Band II/III „Die ostfriesländische Robinsonin“, brosch. 7.— M., geb. 8.— M.  
Band IV „Der kurländische Robinson und die venetianische Robinsonin“ sowie „Der niedersächsische Robinson“, brosch. 9.— M., geb. 10,50 M. Herausgegeben und bearbeitet von Maximilian Lehnert. Raben-Verlag, Charlottenburg.

Wenn schon Grimmselshausen im Simplicissimus bei der Schilderung von Abenteuern seiner Phantastie keine Schranken setzte, so bedurfte es bei uns doch eines vom Ausland kommenden Anstoßes, um Romane dieser Art in Schwung